

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telefax: 886 846 pöbn d
Telefax: 21 0654

Inhalt

Walter Momper, Berlins Regierender Bürgermeister, zieht eine Bilanz aus 100 Tagen rot-grüner Koalition: Weichenstellungen für eine neue Politik. (Teil II)

Seite 1

Dieter Heistermann MdB analysiert die Ursachen für den Vertrauensschwund der Bundesregierung bei den Bundeswehrsoldaten: Regierung verspielt das Vertrauen.

Seite 4

44. Jahrgang / 121

28. Juni 1989

Weichenstellungen für eine neue Politik

(Teil II)

100 Tage rot-grüner Senat in Berlin

Von Walter Momper
Regierender Bürgermeister von Berlin

Die 100 wichtigsten Entscheidungen und Ereignisse seit dem 16. März 1989:

1. Erstmals haben mit der Senatswahl in Berlin in einer Landesregierung die Frauen die Mehrheit. Der Senat besteht aus acht Frauen und sechs Männern.
2. Der Regierende Bürgermeister und weitere Staatsmitglieder stellen sich regelmäßig bei Straßendiskussionen den Fragen der Bürger.
3. Der Senat untersagt die Annahme von Geschenken im Wert von über 20 DM für Landesbeamte.
4. Der Regierende Bürgermeister behält seine Kreuzberger Wohnung und bietet seinem Amtsvorgänger an, die Dienstvilla zunächst weiter zu nutzen. Der Verkauf der Dienstvilla wird in Aussicht genommen.
5. Der Regierende Bürgermeister Walter Momper besucht innerhalb von vier Wochen die Hauptstädte der drei Schutzmächte. Die Schutzmächte bekräftigen ihre Garantien für Berlin und erklären ihre Bereitschaft, mit dem Senat weiterhin partnerschaftlich und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.
6. Der Senat erreicht, daß die Alliierten der Übernahme der Vorschriften über Telefonkontrolle bei schweren Verbrechen zustimmen.
7. Der Regierende Bürgermeister lädt die Staatsoberhäupter der drei Schutzmächte nach Berlin ein. Das Abgeordnetenhaus von Berlin begrüßt die Einladung nach einem entsprechenden Antrag von SPD und AL.
8. Der Regierende Bürgermeister Walter Momper erhält keine Einladung des Bundeskanzlers anlässlich des Besuchs von Präsident Bush in Bonn. Der Streit wird mit einem Brief Mompers an Kohl und einem Gesprächstermin für den 29. Juni beendet.
9. Berlin verstärkt das EG-Büro in Brüssel personell.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veröffentlicht gedruckt
mit verbesserter Rohstoff
Recycling-Papier



10. Es werden Fortschritte bei der Vorbereitung eines möglichen Besuches des Regierenden Bürgermeisters in Moskau erreicht. Walter Momper führt direkte Gespräche mit Generalsekretär Gorbatschow und Außenminister Schewardnadse am Rande des Bonn-Besuches vor Gorbatschow.
11. Die Gedenkfeyer zum 40. Jahrestag zur Beendigung der Blockade findet in neuer Form statt (12.5.1989). Viele Berliner Bürger nehmen an dem Festakt im Kraftwerk Reuter teil.
12. Berlin tritt dem von Hiroshima und Nagasaki initiierten Städtebündnis gegen Atomwaffen bei.
13. Der Freundschaftsvertrag Berlin-Paris wird mit Leben gefüllt. Es wird eine gemeinsame Arbeitsgruppe gebildet, und es werden konkrete Projekte, vor allem im Bereich des Kulturaustausches, geplant.
14. Der Senat beteiligt sich mit 20,4 Millionen DM an den Kosten des deutschen Katholikentages 1990.
15. Der Senat setzt den Aktivitäten auf dem „Polenmarkt“ nach sorgfältiger Abwägung aller Umstände ersatzlos ein Ende, weil zunehmend und organisiert Mangelartikel angeboten werden, deren Verkauf in Berlin der Versorgungssituation in Polen erheblich schadet.
16. Der Senat bittet die Bundesregierung, das ehemalige Gelände der polnischen Botschaft in der Kurfürstenstraße zum 1.9.1989 in den Besitz der Volksrepublik Polen zurückzugeben.
17. Die Berlinerinnen und Berliner können vom 1. August an mit dem Mehrfachberechtigungsschein, dessen Gültigkeitsdauer auf ein Jahr verlängert wurde, direkt zu Tagesbesuchen in die DDR- und nach Ost-Berlin einreisen.
18. Die Berliner und Berlinerinnen können vom 1. August an nicht nur in Ost-Berlin, sondern auch in den DDR-Bezirken Potsdam und Frankfurt/Oder bei Tagesbesuchen übernachten.
19. Die Berlinerinnen und Berliner können Haustiere bei Tagesbesuchen in die DDR mitnehmen.
20. West-Berliner Bezirke werden einen kommunalpolitischen Erfahrungsaustausch mit Bezirken in Ost-Berlin aufnehmen.
21. Die Berliner Philharmoniker spielen am 30. Mai zum ersten Mal in Ost-Berlin. Der Regierende Bürgermeister Walter Momper begegnet dort Oberbürgermeister Krack.
22. Die DDR beteiligt sich erstmals am Berliner Theatertreffen (20. – 27. Mai).
23. Die Ausstellung „Topografie des Terrors“ wird nach Ost-Berlin und Buchenwald auch in Brandenburg gezeigt.
24. Die Deutsche Oper Berlin wird an einem noch festzulegenden Termin ein Gastspiel in Dresden geben. Eine Kulturwoche der DDR in Berlin (West) wird vorgesehen.
25. Das Land Berlin kann das ehemalige Reichsbahn-Direktionsgebäude am Schöneberger Ufer vom 1. Oktober 1991 an nutzen.
26. Es werden direkte Gespräche zwischen den Senatorinnen für Kultur, Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Stadtentwicklung und Umweltschutz mit den entsprechenden Fachministern der DDR in Aussicht genommen.
27. Der Senat bekundet die Absicht, eine Bewerbung beider Teile Berlins für die Olympiade im Jahre 2004 voranzubringen. Für West- oder Ost-Berlin allein wäre die finanzielle Belastung zu groß.
28. Der Senat beschließt die Einstellung der Zahlungen für die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter.
29. Am 1. Mai 1989 randalieren militante Autonome in Kreuzberg in einem Ausmaß, das an die früheren Krawalle vom 1. Mai 1987 heranreicht. Auf Antrag von SPD und AL verurteilt das Abgeordnetenhaus die Ausschreitungen. In der Kreuzberger Szene wird erstmals äußerst kritisch über das Vorgehen der Autonomen diskutiert. Walter Momper beteiligt sich an einer Demonstration der Solidarität mit den verletzten Polizeibeamten. Eine breite Diskussion über Gewaltfreiheit in der Gesellschaft wird auf vielen Ebenen eingeleitet.
30. Der Senat beschließt, eine Änderung der Führungsstruktur der Polizei anzustreben mit dem Ziel, eine effektive Einsatzleitung, insbesondere für die Schutzpolizei, zu erreichen.

31. Der Senat beschließt nach den Krawallen vom 1. Mai unter Beteiligung eines unabhängigen Sachverständigen, den Einsatzablauf zu untersuchen und Verbesserungsvorschläge für künftige Einsätze zu entwickeln.
32. Walter Momper bringt am 29. März mit einem Vorschlag, neutrale Vermittler einzuschalten, Bewegung in die festgefahrene Diskussion um den Hungerstreik der RAF-Häftlinge. Berlin erklärt sich bereit, RAF-Häftlinge für die Bildung von Gruppen abzugeben oder eine solche Gruppe in Berlin aufzunehmen. Nach dem Abbruch des Hungerstreiks wird eine inhaftierte Terroristin nach Schleswig-Holstein verlegt.
33. Acht besetzte Wohngebäude, die sich in der Modernisierung befinden, werden friedlich geräumt (22.3.).
34. Der Senat findet in intensiven Gesprächen eine friedliche Lösung für die Besetzung des ehemaligen Arbeitsschuttmuseums in der Fraunhofer Straße. Die Besetzer verlassen das Gebäude freiwillig am 3.4.1989.
35. Der Senat findet eine friedliche Lösung im Gespräch mit den Besetzern des Hauses Nostizstraße und des Geländes Marchstraße/Einsteinufer.
36. Der Senat setzt eine Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Arbeitsweise und der Strukturen des Landesamtes für Verfassungsschutz ein.
37. Die Koalition will den Energieverbrauch in Berlin bis zum Jahre 2010 halbieren. Auf Antrag beider Fraktionen beschließt der Hauptausschuß eine Million DM im Nachtragshaushalt für den Bau einer gewerblichen Solarstromerzeugungsanlage und für gutachterliche Untersuchungen über den Einsatz rationeller und umweltverträglicher Energiequellen zu bewilligen. Ziel ist es, an 30 Standorten in Berlin Solarstromerzeugungsanlagen zu installieren.
38. Der Senat setzt gegen die Bewag durch, daß umweltfreundliche Blockheizkraftwerke gebaut werden können. Die Bewag hatte dies bislang unter Hinweis auf den noch aus den 30er Jahren stammenden Konzessionsvertrag mit der Stadt Berlin verboten. Die Landeskartellbehörde untersagt der Bewag mit Verfügung vom 15.6.89 die Geltendmachung der fraglichen Bestimmung.
39. Am 31.5.1989 teilt die französische Schutzmacht der Senatsverwaltung für Umweltschutz mit, daß sie ihr Manövergebiet in den Heiligenseer Bergen verkleinern und künftig einzäunen will. Nach Absprache mit der Umweltverwaltung und den Forstbehörden werden ökologisch besonders wertvolle Flächen nunmehr nicht mehr für Manöverzwecke genutzt. Zwischen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz und der amerikanischen Schutzmacht wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, in der militärische Erfordernisse und ökologische Belange aufeinander abgestimmt werden. So sollen Manövrierschäden soweit irgend möglich von vorn herein reduziert werden.
40. Seit dem 30. Mai 1989 veröffentlicht der Senat neben den Werten sonstiger Luftschadstoffe auch die Ozonmeßwerte.
41. Die DDR erklärt sich bereit, Emissionsdaten der Sondermüllverbrennungsanlage Schöneiche nach West-Berlin zu übermitteln.
42. Die Umweltverwaltung prüft nach entsprechenden Hinweisen die Unterlagen von Betrieben der Recyclingwirtschaft. Die Auswertung des sehr umfangreichen Materials ist im Gange.
43. Der Senat hat erreicht, daß Müll aus dem Bundesgebiet nicht mehr in Berlin umgeschlagen wird. Der „Abfalltourismus“ über Berlin wurde unterbunden.
44. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz hat erfolgreich eine Senatsvorlage für eine Bundesratsinitiative zum Verbot der ozonschädigenden Fluorkohlenwasserstoffe (FCKW) eingebracht.
45. Die Mittel für die Sanierung asbestbelasteter Schulgebäude werden von 72 Millionen DM auf 94,5 Millionen DM aufgestockt (Nachtragshaushalt).
46. Der Senat beschließt die Verdichtung der Fahrtakte für Busse (generell zehn Minuten).
47. Der Senat beschließt die schrittweise Einführung eines Netzes von Busspuren (Ziel: 80 km).
48. Der Senat beschließt neue BVG-Verkehrstarife ab 1. Oktober 1989. Er führt eine übertragbare Umweltkarte (65 DM pro Monat für das Gesamtnetz) ein, beschließt eine Seniorenmonatskarte für 50 DM pro Monat bei Wegfall der bisherigen Sperrzeiten für die Senioren.

(Fortsetzung folgt)

(-/28.6.1989/va-he/st)

Regierung verspielt das Vertrauen

Die Bundeswehrsoldaten fühlen sich nicht mehr vertreten

Von Dieter Heistermann MdB

Es kann kein Zweifel daran bestehen, das Konzept der Inneren Führung hat sich bewährt, es ist vorbildlich. Müssen wir aber nicht kritisch resthalten, daß trotz 30jähriger Erfahrung und Praxis immer wieder gravierende Mängel in der Menschenführung auftreten. Wie kommt es zu den Übergriffen, wie kommt es, daß gegen die elementaren Grundsätze der Inneren Führung immer wieder verstoßen wird? Sind die Aufgaben und Wirkungsfelder der Inneren Führung im Bereich

- der Menschenführung,
- der Betreuung und Fürsorge,
- der politischen Bildung und
- der soldatischen Ordnung

auf der Höhe der Zeit? Da sind Zweifel angebracht.

Wo ist das Konzept des Bundesministers der Verteidigung, den soldatischen Dienst im Zeichen des Abrüstungs- und Entspannungsprozesses zu begründen, die militärischen Aufgaben auf neue Bedingungen einsichtig und verständlich zu machen, wo das Konzept, die Belastungen auszugleichen, die sich aus der Spannung der Rechte des Soldaten als Staatsbürger und seinen gesetzlich gegründeten Pflichten und den Bedingungen seines Dienstes ergeben?

Die Truppe spürt, daß diese Bundesregierung auf drängende Fragen keine nachvollziehbaren Antworten gibt. Mit Befehl und Gehorsam mag man für einige Zeit vorhandene Probleme überdecken, die Folgen des Nichthandelns werden aber für die gesamte Bundeswehr negativ sein.

Wie kann es eigentlich dazu kommen, daß sich innerhalb der Bundeswehr immer mehr Interessengruppen zur Durchsetzung ihrer Forderungen bilden. Da gibt es die Gruppe „Hauptleute im Stau“, der Jet-Piloten, der Flugbesatzungen nicht strahlgetriebener Flugzeuge, des technischen Prüfpersonals, der Heeresflieger und jetzt auch noch die Gruppe „Unteroffiziere im Stau“. Weitere Gruppen zeichnen sich ab. Spürt diese Bundesregierung nicht mehr, was sich hier an Protestpotential aufbaut? Merkt diese Bundesregierung nicht, daß sich zwischen der militärischen Führung einerseits und den Soldaten andererseits ein Vertrauensschwund von riesigen Ausmaßen auftut? Da ist viel Vertrauen verspielt worden, dies hat diese Bundesregierung mit zu verantworten. Sie steht nach fast siebenjähriger Regierungsverantwortung vor dem Schrotthaufen ihrer nicht eingehaltenen Versprechungen.

Die Wirklichkeit hat sie aber immer schneller eingeholt, als es ihr lieb sein konnte. Wir haben recht behalten mit unseren Warnungen, daß die Umfangszahlen der Bundeswehr nicht einzuhalten sind, wir haben recht behalten, daß die finanziellen Ressourcen fehlen, um die von ihnen geplanten Vorhaben zu verwirklichen, wir haben recht behalten mit unseren Feststellungen, daß nur mit einer neuen Wehrstruktur die Aufgaben der Bundeswehr in den 90er Jahren gelöst werden können. Die Soldaten in der Bundeswehr haben erkannt, daß sie für eine Politik den Kopf herhalten mußten, die sich als falsch erwiesen hat. Das schafft kein Vertrauen. (-/28.6.1989/vo-he/st)

* * *